Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 284. Donnerstag, 6. Dezember 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben): 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Verschuldung der Landwirtschaft.

Nicht weniger als 152 Anträge, die sich mit den Nöten der Landwirtschaft beschäftigen, haben dem Reichstage in der letzten Woche vorgelegen. Vielleicht darf man das als ein äußeres Zeichen dafür ansehen, wie sehr noch immer die Krise der deutschen Landwirtschaft die Oeffentlichkeit beschäftigt, und nichts wäre falscher, als sich mit der Versicherung, die Landwirtschaft werde schon selbst wieder zur inneren Gesundung gelangen, beruhigen zu lassen. Auch der Reichsernährungsminister Dr. Dietrich hat im Reichstage ausdrücklich anerkannt, daß die Lage der Landwirtschaft trotz des Notprogramms nach wie vor schlecht ist, und daß die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe in den ersten neun Monaten des Jahres 1928 trotz aller Entschuldigungsmaßnahmen noch um 800 Millionen RM. zugenommen hat. Es ist bekannt, daß die Verschuldung der Landwirtschaft am schlimmsten in den Landesteilen östlich der Elbe ist, und daß hier die Lage vielfach als im höchsten Grade kritisch angesehen werden muß. Darum verdient eine Veröffentlichung besonderes Interesse, die die preußische Zentralgenossenschaftskasse soeben im Verlage von Paul Parey, Berlin, hat erscheinen lassen, und in der die Ergebnisse einer Erhebung über die Lage der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den östlichen Landesteilen zahlenmäßig zusammengestellt werden.

Die Erhebung erfaßt 5130 Betriebe von über 100 Hektar Größe, und zwar 3922 Eigenbetriebe und 1208 Pachtbetriebe in den Provinzen Ostpreußen, Grenzmark, Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien und Schleswig-Holstein sowie in den beiden Mecklenburg. Unvollständig ist insofern, als sie sich nur auf 5130 Betriebe erstreckt, während in den Erhebungsgebieten 13 488 Großbetriebe vorhanden waren, und als ferner das Verhältnis der erfaßten Betriebe zu den nicht erfaßten in den einzelnen Gebieten sehr verschieden ist. In erheblichem Maße erfaßt sind Ostpreußen, die Grenzmark und Pommern, schwächer Mecklenburg und Brandenburg und in geringem Maße die beiden schlesischen Provinzen sowie Schleswig-Holstein. Immerhin wird in den zuerst genannten drei Provinzen die Mehrheit der Betriebe bezw. der Flächen von der Erhebung erfaßt. Die Ergebnisse hinsichtlich des Grades der Verschuldung sind außerordentlich ernst. Als akut gefährdet werden die Betriebe angesehen, in denen die Verschuldung bei den Eigenbetrieben mehr als 60, bei den Pachtbetrieben mehr als 50 Prozent des Gesamtvermögens der Betriebe beträgt. Solche gefährdeten oder schon verlorenen Betriebe befinden sich in Ostpreußen 28 Prozent unter den Eigenbetrieben und 35 Prozent unter den Pachtbetrieben. In der Grenzmark mit ihren vorwiegend armen Böden ist der Anteil der gefährdeten Betriebe noch größer, denn er beträgt 27 Prozent bei den Eigenbetrieben und 48 Prozent bei den Pachtbetrieben. Besonders groß aber ist die Zahl der Betriebe, die so hoch verschuldet sind, daß nach Ansicht der Preußenkasse mit einer Sanierung nur in Ausnahmefällen gerechnet werden kann, in der Provinz Pommern. Hier umfaßt die Gruppe der Betriebe, die wirtschaftlich so schwer krank sind, daß nach Ansicht der Preußenkasse mit ihrem Zusammenbruch in absehbarer Zeit zu rechnen ist, bei den Eigenbetrieben 28 Prozent, bei den Pachtbetrieben 37 Prozent. Dazu kommen bei jenen noch 11 Prozent, bei diesen noch 24 Prozent schwer gefährdete Betriebe. Pommern zeigt also die größte Zahl hochverschuldeter Pachtbetriebe, deren Notlage in Vorpommern bekanntlich schon zu einer besonderen Staatshilfe geführt hat, gleichwohl aber noch immer zu ernsten Besorgnissen Anlaß gibt.

Ueberträgt man die Ergebnisse dieser Erhebung der Preußenkasse auf die Gesamtheit der Großbetriebe in den östlichen Landesteilen, so muß man die Schlußfolgerung ziehen, daß mehr als 2000 landwirtschaftliche Großbetriebe zu mehr als 70 Prozent ihres hochbewerteten Gesamtvermögens verschuldet sind. Der hohe Grad ihrer Verschuldung läßt annehmen, daß sie in absehbarer Zeit konkursreif werden und am Güter- oder Pachtmarkt erscheinen werden. Von diesen mehr als 2000 Betrieben entfallen allein beinahe 800 auf Pommern und 400 auf Ostpreußen. Es wird aber auf Grund der Beobachtung der Märkte festgestellt, daß gerade in den drei Provinzen Pommern, Ostpreußen und Grenzmark sowie auch in Mecklenburg eine Nachfrage von Güterkäufern kaum vorhanden ist. Die Preußenkasse fordert deshalb zur Verhütung einer weiteren Ausdehnung der Krise die Einrichtung einer Aufnahmeorganisation, damit dem vorhandenen großen Angebot wieder eine Nachfrage gegenübergestellt wird.

Das Ergebnis der Erhebung ist also außerordentlich betrüblich. Es beweist, daß die Notstandsaktion zur Rettung der Landwirtschaft mit den bisher eingeleiteten Maßnahmen nicht etwa beendet sein kann, sondern vielmehr erst begonnen hat. Es muß von der Reichsregierung jetzt ein umfassendes Programm aufgestellt werden, das sich keineswegs auf die Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, die der Reichsernährungsminister im Reichstage vorgeschlagen hat, beschränken darf, sondern vor allem einen Plan zur Entschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe und zu ihrer Rettung vor dem drohenden Zusammenbruch enthalten muß.

Schulkreuzer „Berlin" auf der Fahrt nach Alexandrien.

)(Berlin. Schulkreuzer „Berlin" ist aus Aden ausgelaufen, wird am 10. Dezember in Port Said Kohlen ergänzen und am 11. Dezember in Alexandrien einlaufen.

Wahl des österreichischen Bundespräsidenten.

Wilhelm Miklas im dritten Wahlgange gewählt.

Miklas

)(Wien. Die Bundesversammlung trat gestern nachmittag zur Wahl des Bundespräsidenten zusammen. Die Tribünen waren dicht besetzt. In der Diplomatenloge waren eine Anzahl ausländischer Diplomaten anwesend. Da zu den Nationalräten auch die Bundesräte kommen, sind im ganzen 211 Wahlberechtigte zugegen. Vier Mitglieder der Bundesversammlung sind am Erscheinen verhindert. Die Parteizusammensetzung ist ohne Berücksichtigung der Abwesenden folgende: 98 Christlichsoziale, 91 Sozialdemokraten, 14 Großdeutsche und 12 Landbündler.

Präsident Elderich eröffnete um 3¼ Uhr mit einer Begrüßung der National- und der Bundesräte die Bundesversammlung, worauf nach Konstituierung des Büros die einzelnen Abgeordneten durch den Schriftführer zur Urne gerufen wurden und ihre Stimme abgaben. Die Stimmenabgabe dauerte ungefähr 15 Minuten. Hierauf wurde die Sitzung zur Vornahme der Stimmenzählung unterbrochen. Noch bis zu diesem Zeitpunkt waren die Namen der für die Bundespräsidentenwahl aufgestellten Kandidaten der Parteien der Allgemeinheit nicht bekannt.

Nach einer Pause von 25 Minuten wurde die Sitzung wieder eröffnet, und Präsident Elderich verkündete, daß 211 Stimmzettel abgegeben wurden, wovon einer leer und nach den bisherigen Gepflogenheiten ungültig ist, also 210 gültige Stimmzettel abgegeben sind. Die absolute Mehrheit betrug somit 106. Es entfielen auf den Präsidenten des Nationalrats Wilhelm Miklas 94 Stimmen, auf den Abgeordneten Dr. Karl Renner (Sozialdemokrat) 91 Stimmen und auf den Polizeipräsidenten Johann Schober 25 Stimmen. Da somit keiner der drei Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hat ist der Wahlgang ergebnislos geblieben. Auf Antrag des Abgeordneten Fink (Christlichsozial) wurde hierauf die Sitzung bis 6 Uhr unterbrochen.

)(Wien. In der Bundesversammlung wurde nach dem zweiten, um 6 Uhr 15 begonnenen Wahlgang vom Präsidenten Elderich um 7 Uhr folgendes Ergebnis verkündet:

Abgegebene Stimmzettel 212, davon ein weißer, also 211 gültige Stimmen. Die unbedingte Mehrheit beträgt demnach 106. Es entfielen auf den Präsidenten Miklas 94, auf Dr. Karl Renner 91, auf Polizeipräsident Schober 26 Stimmen. Da die unbedingte Mehrheit wieder von keinem der Gewählten erreicht wurde, blieb auch dieser Wahlgang ergebnislos.

Auf sozialdemokratischen Antrag wurde die Sitzung zur Vorbereitung eines dritten Wahlganges auf dreiviertel Stunden vertagt.

)(Wien. Als Ergebnis des dritten Wahlganges der Bundesversammlung gab Präsident Elderich um 8 Uhr 20 Minuten bekannt: Abgegebene Stimmzettel 211, davon 91 weiße, somit 120 gültige Stimmzettel, unbedingte Mehrheit demnach 61. Es entfallen auf Wilhelm Miklas 94, auf Polizeipräsident Schober 26. Somit ist der Präsident des Nationalrates Wilhelm Miklas zum Bundespräsidenten gewählt. Das Wahlergebnis wurde von den Christlich-Sozialen mit stürmischem langandauernden Händeklatschen und Hochrufen begrüßt.

*

Zur Wahl des Bundespräsidenten Miklas.

)(Wien. Nach der Wahl des Präsidenten des Nationalrates Miklas zum Bundespräsidenten und nachdem dieser einer Abordnung der Bundesversammlung gegenüber erklärt hatte, daß er die Wahl annehme, dankte Präsident Elderich dem bisherigen Bundespräsidenten Dr. Hainisch für seine Tätigkeit, die zur Verankerung der Verfassung in den Herzen der Bevölkerung beigetragen und sein Amt volkstümlich gemacht habe. Die ganze Bundesversammlung nahm diese Worte mit lebhaftem Beifall auf.

Hierauf leistete der neue Bundespräsident den Eid auf die Verfassung. Präsident Elderich hielt sodann eine Ansprache, in der er Bundespräsident Miklas zur Wahl beglückwünschte und ihm versicherte, daß trotz der durch Parteidifferenzen schwierigen Wahl die Bundesversammlung ihm Achtung und Vertrauen nicht versagen werde, da der Ernst und die strenge Unparteilichkeit, mit der er sein bisheriges Amt geführt habe, mit Zuversicht erwarten lassen, daß er das Vertrauen rechtfertigen werde, das das österreichische Volk in den Repräsentanten seiner Souveränität setze. Es sei nicht zu zweifeln, daß Präsident Miklas in seinem Amt zur Wohlfahrt des Vaterlandes, zur weiteren Stärkung des republikanischen Gedankens und zur internationalen Geltung Oesterreichs beitragen werde. Präsident Elderich schloß seine Ansprache mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Republik.

*

Tragikomödie in Oesterreich.

Im erbitterten Kampf um die Wahl des Bundespräsidenten von Oesterreich, der mit wenig Würde und vorwiegend parteipolitischen Waffen geführt wird, ist noch immer keine Einigung erzielt worden. Der bisherige Präsident Dr. Michael Hainisch, der sich im österreichischen Volke starker und aufrichtiger Sympathien erfreut, scheint nunmehr ein Vorwand zu sein, um dem Parteihader frische Nahrung zuzuführen. Anstatt das Gemeinwohl zu berücksichtigen und von sachlichen Erwägungen auszugehen, spielen sich hinter den Kulissen der Wiener Parteiclubs Szenen ab, die für die egoistischen Beweggründe bei der Neuwahl recht bezeichnend sind. Wenn die Sozialdemokraten für Dr. Hainisch unter der Bedingung eintreten, daß seine Amtsdauer auf vier Jahre bemessen wird, so geschieht es nicht etwa deshalb, weil ihnen seine Art und seine Fähigkeiten vielleicht besonders zusagen. Sie tuen es vor allem, um zu verhüten, daß eine Persönlichkeit aus dem Lager der Erbfeinde, ein christlich-sozialer Politiker an seine Stelle tritt. Nun sind die Christlich-Sozialen mit den vier Jahren Amtsdauer, die ihnen vorgeschlagen wurden, durchaus nicht einverstanden, weil in ihren Augen, so vermuten die Sozialdemokraten, Dr. Hainisch höchstens für die kurze Zeit eines Platzhalters in Betracht kommen könnte. Der diplomatische Vorstoß der Sozialdemokraten, die den Feldzugsplan der Christlich-Sozialen um jeden Preis durchkreuzen wollen, hat nun die Lage wesentlich verschärft und dazu geführt, daß die Christlich-Sozialen von der Person des bisherigen Bundespräsidenten abgerückt sind. Und an ihrem Kandidaten Dr. Miklas festhalten. Von einem einsichtsvollen Waffenstillstand, den das innerpolitische Leben dringend nötig hat, ist man weiter entfernt denn je; es ist nur zu bedauern, daß ein Streit um eine Persönlichkeit entbrannt ist, die in Oesterreich allgemein anerkannt ist.

Riesenbetrug mit Obligationen in Berlin.

)(Berlin. Während die Untersuchung gegen den Leiter des Verbandes der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten noch schwebt, wird jetzt ein neuer Fall bekannt, bei dem die in gespannter Finanzlage befindliche Stadt Waldenburg in Schlesien durch ein Konsortium Berliner Finanzleute geschädigt worden ist. Der Stadt Waldenburg soll bis jetzt ein Schaden von einer Million Mark entstanden sein. Nach einer Korrespondenzmeldung ist der Betrug verübt worden im Zusammenhang mit der Aufnahme einer Anleihe der Stadt Waldenburg im Januar 1927, die durch einen Berliner Bankier getätigt wurde. An ihrer Begebung war der Vermittler Rathke beteiligt, dem auch die Regelung des Zinsendienstes usw. übergeben worden war. Rathke, sowie ein Vermittler Reichmann sollen in die Angelegenheit verwickelt sein. Die Aufklärung der Vorgänge dürfte durch die Berliner Polizei und die Staatsanwaltschaft erfolgen.

Entlastung der Zivilsenate des Reichsgerichts

Berlin. Reichsjustizminister Koch hat dem Reichstag den Entwurf einer zweiten Verordnung über die Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zugehen lassen. Die gegenwärtige Geschäftslage und die Notwendigkeit einer die vermögensrechtlichen und die nicht vermögensrechtlichen Streitigkeiten umfassenden Entlastung haben gesetzgeberische Maßnahmen zur Entlastung des Reichsgerichts erfordert. Nach dem Entwurf soll der Zufluß an Revisionen um etwa 30 v. H. gesenkt werden, wodurch die Zahl der jährlich eingehenden Revisionen auf dem Gebiete der vermögensrechtlichen Streitigkeiten, bei denen die Revisionssumme von 4000 auf mindestens 6000 Mark erhöht werden soll, um etwa 700 bis 800 herabgemindert werden wird.

SLUB
Wir führen Wissen.